

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1853

3.6.1853 (No. 129)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 3. Juni.

Nr. 129.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einkaufsgebühren: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1853.

Dienstnachrichten.

Karlsruhe, 2. Juni.

Seine Königliche Hoheit der Regent haben Sich unter dem 19. Mai d. J.

gnädigst bewogen gefunden:

der auf den Forstsrath und Vorstand der Forstschule, Dr. Klauyrecht, neuerlich gefallenen Wahl zum Direktor der polytechnischen Schule für das Studienjahr 1853/54 die höchste Bestätigung zu ertheilen;
den Assessor Robert Gerwig bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues zum Baurath zu befördern;
das erledigte Amtschirurgicalen Wertheim nur geistig unbedeutende und zum Theil stilllich verkommene Persönlichkeiten zu Worführern wurden, fand sich in Frankfurt eine große Zahl der geistig hervorragendsten und unbescholtensten Männer zum Werke einer nationalen Reform vereinigt; allein die Einsicht und der redliche Wille dieser ward bald neutralisirt durch die Macht, welche der demokratische Massengeist und der aus ihm hervorstrebende Dämon des Parteigeistes an sich zu reißen wußte. Die unselbige breitere demokratische Grundlage war es, welche unter den Füßen wogte und den sterilen Flugand einer aus allen Ecken der Windrose her zusammengewebten „öffentlichen Meinung“ an die Stelle setzte. In welcher Richtung die Korruption des öffentlichen Geistes vor sich ging, zeigte Anfang und Ende des Frankfurter Parlamentes. Beim Beginn desselben war selbst in den Massen noch der monarchische Geist lebendig, und eine große Zahl selbst streng konservativer Männer ward in das Parlament gewählt. Was war der Stand der „öffentlichen Meinung“ und die Stellung selbst der einst so populären Männer der liberalen Opposition? Jene ward mehr und mehr aus einer konstitutionell-monarchischen eine demokratische, der Liberalismus galt als ein überwundener Standpunkt, und seine berühmtesten Vorkämpfer, insofern sie nicht zu Demagogen des Massengeistes herabgesunken waren, wurden laut als Volksverräter und Fürstennegler dem Haß und der Verachtung, der Wuth und der Verfolgung des Pöbels als schuldige Sühnopfer für den Verrath am Volke bezeichnet.

Die Massen und die Persönlichkeiten.

IV.

Es stand zu erwarten, daß, wenn es zu der Wahl eines neuen Parlamentes gekommen wäre, der so forumpirte Massengeist den Sieg davongetragen, und das Geheul desselben das Grabgeläute der Monarchie, wie der Freiheit und Unabhängigkeit Deutschlands geworden wäre.
Wo solche Resultate der Herrschaft des Massengeistes vorliegen, da könnte man von dem Wahne geblüht sein, daß er das Drafel sei, dessen Sprüche das Schicksal der Welt zu bestimmen hätten. Der blinde Massengeist ist es, der in seiner Unmündigkeit und Unreife seine Nationalität um das Linsengericht anarchischer Freiheiten an den Geist der französischen Revolution verkauft und mit dem Ausland gemeine Vuhlschaft getrieben hat; der blinde Massengeist ist es, der die Monarchie und damit die Macht der Staaten in ihren Grundfesten erschüttert und dem Ausland gegenüber sie ohnmächtig gemacht hat.
Das sind die Folgen, wenn „die Völker an die Stelle der Einzelnen treten“, wenn man „in Massen wirkt und sich bewegt“, wenn an die Stelle des einheitlichen Willens und der geläuterten Einsicht der Begabten und vom Geiste der Zeit erfüllten und Erleuchteten die leere Abstraktion einer „gesamten öffentlichen Meinung“ tritt, die in „tausend Bruchstücke zersplittert ist“, ohne irgend ein einheitliches Band, ein wüthes Chaos der verschiedenartigsten Meinungen, wahrer und falscher, die zusammen in ihrer Ungeklärtheit unmöglich je die Norm für eine vernünftige Politik abgeben können.
Aus dem Gewirre der Zeitmeinungen nun die wahre leitende Idee des Geistes der Zeit herauszufinden, Wahrheit

und Irrthum zu scheiden, Das ist nie die That der Massen, der Völker in ihrer Kopfszahl gewesen, sondern immer nur die der Einzelnen, der bevorzugten Geister, welche die nötige Bildung, das nötige Wissen besaßen, um den göttlichen Plan der Erziehung des Menschengeschlechts in seiner inneren Nothwendigkeit, in seinem nothwendigen Zusammenhang zu erblicken, und die Pflanze des Werdenden aus dem Boden des Gegebenen hervorgehen zu lassen. Wir haben schon früher bemerkt, daß die Größe der weltgeschichtlichen Persönlichkeiten nie darin bestanden hat, daß sie außer und über allem Zusammenhang mit der Zeitentwicklung gestanden, daß sie vielmehr allerdings Produkte derselben seien, daß aber ihre Größe darin bestehe, von diesem gegebenen Boden aus den Anstoß zu neuen Bildungen zu geben.

Und das wird immer die That der Einzelnen bleiben, und es wird „die Ausbreitung aller Art von Bildung und Bildungsfähigkeit unter den möglichst Vielen“ immerhin ein Ziel sein, dem man nachstreben muß; allein es setzt eben Leute voraus, die mehr wissen als die „möglichst Vielen“, und wird eben nicht dahin kommen, daß die „Vielen“ so einheitlich von Geist, Willen und Bildung durchdrungen sind, daß sie die Leitung höherer Geister überflüssig machten.

Wie verhält es sich denn aber mit der „öffentlichen Meinung“, der man die Herrschaft im Staat übertragen will? Welche ist die wahre, und wer ist der wahre Ausdruck, das wahre Organ derselben? Und was ist denn „das drängende Bedürfnis des Ganzen, das die Welt regieren soll“?

Kann dieses von den Massen einseitig bestimmt werden, die „sich selbst darstellen und nicht repräsentiren lassen wollen“? Wo käme eine Regierung hin, welche, was nützlich und notwendig sei im Staate, auf den Ausspruch der sich selbst repräsentirenden Massen wollte ankommen lassen! Welche Widersprüche, welcher Unsinn würden da zu Tage treten! Wer wird Rath einholen bei der Rathlosigkeit? Oder besteht die öffentliche Meinung nur in dem Additionserempel aller vorhandenen Meinungen? Natürlich nicht. Man muß Wahres und Falsches, Berechtigtes und Unberechtigtes scheiden, wie man den Geist der Zeit von dem Zeitgeist zu unterscheiden wissen muß. Das aber eben ist die That der einzelnen begabten Persönlichkeiten. Der Geist der Zeit spiegelt sich in den Einzelnen, in den Epochen der geistigen Bildung eines Volkes, der Zeitgeist in den Massen und der Oberflächlichkeit der s. g. Durchschnittsbildung.

Daher sagt Hegel (Rechtsphilosophie S. 411): „In der öffentlichen Meinung ist alles Falsche und Wahre, aber das Wahre in ihr zu finden ist Sache des großen Mannes. Wer was seine Zeit will und ausspricht, ihr sagt und vollbringt, ist der große Mann der Zeit. Er thut, was das Innere und Wahre der Zeit ist, vertritt sie; wer aber die öffentliche Meinung, wie er sie hier und da hört, nicht zu verachten versteht, wird es nie zu Großem bringen.“

Hegel hält sehr wenig von der Herrschaft und Weisheit der Vielen, so wenig, wie auch Aristoteles.

Vorrechtlich spricht auch Nothe (Christ III, S. 929 ff.) von der öffentlichen Meinung:

„Sie ist allezeit eine ziemlich trübe Mischung aus Elementen von sehr ungleichem Werth. Auf der einen Seite hat sie allerdings das höchste Bewußtsein der Nation, wie es das Resultat ihrer bisherigen geschichtlichen Entwicklung ist, zu ihrem wesentlichen Inhalt, und es spricht sich demnach in ihrem ungestümen Drange der Inbezug der Tendenzen und Ziele der jedesmaligen geschichtlichen Bewegung, der jedesmalige wirkliche Geist der Zeit im Allgemeinen richtig aus. Aber auf der andern Seite tritt in ihr dieser Inhalt noch in der ganz rohen und ungeläuterten Form auf, in der Form des bloßen Vorurtheils, und mit allem Unverstande und allen Leidenschaftlichkeiten des jedesmaligen Zeitgeistes verlegt und verflochten, ohne daß die Prinzipien zur Scheidung so heterogener Elemente in ihr selbst bereits mitgegeben sind. Weßhalb sie denn auch sich selbst durchaus nicht klar ist über ihre eigene Meinung, und statt den Staat leiten zu können, vielmehr selbst durchgängig der Leitung durch eine höhere Intelligenz bedarf. Darauf kommt es an, aus der öffentlichen Meinung die öffentliche Vernunft herauszufinden. Unabhängigkeit von der öffentlichen Meinung, Selbstständigkeit ihr gegenüber ist daher ganz allgemein eine unumgängliche Forderung, und zwar an den Ungebildeten so gut, wie an den Gebildeten; denn auch Jener soll Angesichts derselben auf seinen eigenen Füßen stehen, nämlich auf seinem religiös-sittlichen Gefühl, ganz besonders auf seinem Gewissen. Man muß die öffentliche Meinung achten, aber man muß sie auch zu verachten wissen. Eben Dies gilt nun insbesondere auch für die Regierung. Sie darf die öffentliche Meinung nicht verachten oder geringschäßig behandeln. Schon deshalb nicht, weil sie eine gewaltige Macht ist. Noch mehr aber, um an ihr auf der einen Seite eine Mahnerin zu haben, die sie nie in müßige Ruhe versinken läßt, und auf der andern Seite ein Mittel, um die Zeitgemäßheit ihrer Bestrebungen und Ziele nach Inhalt und Form zu erproben. Aber eben so wenig darf sie sich von ihr bewältigen und zu ihrem blinden dienbaren Organ herabwürdigen lassen. Der Beruf der öffentlichen Meinung ist nicht, zu herrschen, sondern die Obrigkeit zu beraten. Bei aller Anerkennung ihres Gewichtes muß das

Regiment doch auch ihr gegenüber die Selbstständigkeit behaupten, ohne die es verächtlich wird. Ja noch mehr, es muß sie bestimmen leiten, indem es sie abklärt und erhebt, also nicht auf negativem, sondern auf positivem Wege.“
(Schluß folgt.)

Deutschland.

Bruchsal, 1. Juni. (B. W.-Bl.) Für die nächste Sitzung des hiesigen Schwurgerichtshofs, welche mit dem 20. d. M. beginnen und voraussichtlich zwei Wochen andauern wird, sind 11 Straffälle zur Aburtheilung bestimmt. Im Einzelnen bestehen dieselben aus zwei Tödtungen, einer Brandstiftung, einem Meineid, einem Betrug, einer Urkundenfälschung und fünf Diebstählen. Von den Diebstählen sind vier wegen ihrer Gefährlichkeit, einer dagegen wegen der Größe der Summen vor die schwurgerichtlichen Schranken verwiesen. Dieser letzterwähnte Fall bezieht sich nämlich auf die vielen Geld- und Prätiosendiebstähle, welche von einem Würtemberg zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Gasthöfen der Stadt Baden verübt wurden und sich nahezu auf den Werth von 7000 fl. belaufen.

Mannheim, 1. Juni. (Mannh. Z.) Im verflossenen Monate sind über hiesigen Plaz 2591 Auswanderer gegangen, wobei 305 Kinder. Nicht gezählt sind dabei 47 Säuglinge. Seit 1. Jan. sind somit 8920 Personen mit 174 Säuglingen über hiesigen Plaz ausgewandert. Die hiesige evangelische Rettungsanstalt für verwahrloste Mädchen wird Sonntag, den 6. Juni l. J., Nachmittags halb 4 Uhr, feierlich eröffnet werden.

Mannheim, 1. Juni. In den ersten Tagen des Mai wurde dem hiesigen Bürger und früheren Gastwirth zum „Ring“, Hrn. Scheufele, einem Veteranen aus der Leipziger Schlacht, durch Sr. Kön. Hoh. den Großherzog von Hessen das Ordenskreuz Philipp's des Großmüthigen mit Diplom verliehen. Der Genannte hatte in den Revolutionsjahren einen der heftigsten Chevaliers, der nach der Affaire bei Kaserthal als Gefangener hier eingebracht worden war, vor den Mißhandlungen zügelloser Volksheulen geschützt und aus offener Lebensgefahr gerettet. Gestern nun wurde dem wackern Bürger, der in den Zeiten einer allgemeinen Verwirrung festhielt an Recht und Ordnung, die Ermächtigung Sr. Kön. Hoh. des Regenten zugestelt, die empfangene Decoration anzunehmen und zu tragen.

Mannheim, 2. Juni. Der Neckar ist seit gestern Abend, nachdem er 2" gefallen, auf der Höhe von 3' 8" über Mittelwasser stehen geblieben; der Rhein dagegen gewachsen, jedoch in 20 Stunden nur um einen halben Fuß, und steht heute Morgen 4' 5" über Mittel. Wenn nun auch der Wasserzudrang minder stark war, als sich aus der betreffenden telegraphischen Mittheilung befürchten ließ, so ist dafür zu besorgen, daß das Wasser bei der fortdauernd regnerischen Witterung nicht schnell genug abfließe und Horizontalwasser veranlasse, was die reiche Futterernte nicht minder beeinträchtigen würde, als eine Ueberschwemmung.

Freiburg, 2. Juni. Die „Freibrg. Ztg.“ meldet das Ableben des Stadtraths und Kaufmanns Christ. Sauter, welcher gestern, 73 Jahre alt, verschieden ist. Der Verbliebene, an Charakter, Festsetzung und überhaupt jeder Bürgertugend zu den ersten Bürgern der Stadt zählend, war bekanntlich auf dem vorletzten Landtag Mitglied der Ersten Kammer, wozu er von Sr. Königl. Hoheit dem hochseligen Großherzog Leopold ernannt worden war.

Badenweiler, 31. Mai. Am vergangenen Sonntag wurde der neu erbaute Kurzaal dahier feierlich eingeweiht. Am frühesten Morgen verkündeten Böllerschüsse von den Ruinen des alten Schlosses herab der ganzen Umgegend den festlichen Tag, und trotz der Ungunst der Witterung kamen zahlreiche Gäste von nah und fern, um die Freude des Tages zu theilen. Auch die Großh. Regierung war durch eine Abordnung von Mitgliedern des Ministeriums des Innern und durch alle jene Staatsbeamte, welche bei dem Bau des Kurzaales mitgewirkt hatten, vertreten.

Nachdem der Festzug in der Nähe der römischen Bäder sich gebildet, bewegte sich derselbe durch den Ort in den Kurzaal, in dessen Hauptnische die Büste Sr. Königl. Hoheit des Regenten aufgestellt war. Ihr gegenüber war eine Estrade errichtet, welche der Vorstand des Bezirksamtes Mühlheim, Hr. Amtmann Winter, betrat. In kräftigen Worten schilderte er, wie durch den neuen Bau einem längst gefühlten Bedürfnisse abgeholfen, wie trotz aller äußeren Schwierigkeiten die nie rastende Fürsorge Sr. Königl. Hoheit des hochseligen Großherzogs Leopold den Bau gleichwohl in Angriff genommen, und in gleichem Geiste Sr. Königl. Hoheit der Regent das Werk rasch seiner Vollendung entgegengeführt habe. Treffend bezeichnete der Redner den Zweck der neuen Halle als nur gewidmet der Erholung und Erheiterung für diejenigen, welche an diesem von der Natur so überaus begünstigten Kurorte Stärkung ihrer Gesundheit suchen, wodurch also alle geräuschvollen Festlichkeiten ausgeschlossen seien. Mit wohlverdienter Anerkennung sprach er sich über die Leistungen des Meisters aus, aus dessen Händen in acht

vaterländischem Style das Bauwerk hervorging, und wies zum Schluß darauf hin, wie trotz aller Stürme, die über unser schönes Land gekommen sind, manches große Werk, was Großherzog Leopold begann, unter der Regierung seines erlauchtesten Sohnes schnell zur Vollendung gebracht worden sei; ein Beweis der geistigen und materiellen Kräfte des Landes.

Auf die Bitte des Redners, daß des Himmels reichster Segen niederströmen möge auf das Haupt unseres gnädigsten Fürsten und sein ganzes Haus, erscholl ein freudiges Hoch auf Sr. Königl. Hoheit den Regenten von der ganzen Versammlung.

Hierauf trug Pfarrer Schneider von Feldberg ein von ihm verfaßtes Festgedicht vor, das durch seine sinnige Gemüthlichkeit und den Geist der treuesten Anhänglichkeit an unsern Fürstenhaus allgemeinen Anklang fand.

Nach Beendigung dieser Feier vertheilten sich die zahlreichen Gäste in die verschiedenen Gasthöfe zum Mittagmahl. Bei der Tafel im Gasthause zum Römerbad wurde zuerst ein Lebehoch auf Sr. Königl. Hoheit den Regenten, sodann auf Ihre Königl. Hoheit die Frau Großherzogin Sophie und das Großherzogliche Haus ausgebracht. Der Nachmittag wurde durch vortheilhafte Produktionen des Freiburger Liederkranzes, der Musik des 2. Füsilierbataillons und der Randerer Bergleute, durch Tanzbelustigung und Volksspiele erheitert; ein wohlgeklungenes, auf der Schloßruine abgebranntes Feuerwerk schloß die Festlichkeit des Tages.

Jeder Zeuge derselben wird ihr stets die freundlichste Erinnerung bewahren und die Ueberzeugung mitgenommen haben, wie bedeutend Badenweiler durch den schönen, ländlichen, in allen Theilen harmonischen, zweckmäßig eingerichteten Bau gewonnen hat. Möge er in jeder Hinsicht der edeln Absicht der hohen Erbauer entsprechen, und wie er eine Zierde des Bades ist, so auch allen Denen, welche hier Kräftigung ihrer Gesundheit suchen, zur Erhöhung der Annehmlichkeit des Aufenthalts dienen; für uns aber sei er ein erneuertes Denkmal der steten Liebe und Fürsorge, mit welcher unser Fürstenhaus seine Unterthanen und ihr Wohl umfaßt.

Konstanz, 1. Juni. Heute beginnt für den Dienst der Dampfschiffe auf dem See und auf dem Rhein bis Schaffhausen der Sommer-Fahrtenplan, bei welchem Konstanz und die anderen badiſchen Orte freilich nur spärlich bedacht sind. Die hiesige Dampfschiffahrts-Gesellschaft hat es an Bemühungen nicht fehlen lassen, um ein besseres Resultat herbeizuführen; allein so lang wir keine Eisenbahn haben, müssen wir eben auch in diesem Punkte zurückbleiben. Uebrigens geht die hiesige Gesellschaft mit dem Plane um, ebenfalls ein neues, schnellsegelndes Dampfschiff anzuschaffen, und es dürfte dies, wenn die Gesellschaft ihr Fortbestehen sichern will, nicht länger zu umgehen sein, da sie sonst mit den anderen nicht mehr konkurriren könnte.

Gestern ist hier „der Rhein“, das dritte Schiff der Schaffhauser Gesellschaft, passiert, um sogleich heute seinen Dienst anzutreten, und zeigt, daß es an Schnelligkeit sogar noch das zweite neue Schiff dieser Gesellschaft, „die Stadt St. Gallen“, etwas übertrifft. Diese neuen schmucken Schiffe sind eine wahre Zierde für den See, und genießen bereits solchen Vorzug, daß sie einen großen Theil des Transports von Personen und Waaren auch des hiesigen Plazes absorbiren.

Kassel, 31. Mai. (R. Z.) Die Zweite Kammer beschloß heute mit der Beratung des Gesetzes, die Verwendung des Stempelpapiers betreffend; es wurden etwa 60 Abänderungsvorschläge eingebracht, wovon zwei Drittel dem Abg. Fink angehören. Die Abstimmung wurde bis zur nächsten Sitzung ausgesetzt. Der Minister des Innern, Hr. Hasenpflug, überreichte einen Gesetzentwurf über die Einführung der körperlichen Züchtigung.

Bonn, 30. Mai. (R. Z.) Die Aktionäre der Bonn-Köln-Eisenbahn-Gesellschaft haben in ihrer heutigen Generalversammlung den Antrag ihrer Verwaltung zum Beschluß erhoben, daß die nöthigen Schritte zur einstweiligen Fortsetzung der Bahn bis an den Fuß des Siebengebirges (Rolandsee) geschehen sollen.

Berlin, 31. Mai. J. M. der König und die Königin begaben sich heute Nachmittag auf der Eisenbahn nach Potsdam, um nunmehr im Schloße Sanssouci ihre Residenz zu nehmen. Die Frau Prinzessin von Preußen Kön. Hoheit geht morgen über Weimar nach Baden. Sr. Kön. Hoh. der Prinz von Preußen tritt die Rückreise nach Koblenz am 7. Juni Abends an. Vormittags nimmt der Prinz noch an der Trauerfeier zum Gedächtniß des bekanntlich am 7. Juni dahingegangenen Königs Friedrich Wilhelm III. Theil.

Der diesseitige Bundestags-Gesandte Hr. v. Bismarck-Schönhausen wird, scheinbar Vernehmen nach, Ende dieser Woche aus Frankfurt hier eintreffen. Die Reise des Hrn. v. Bismarck dürfte einer gründlichen Besprechung desselben mit dem Ministerpräsidenten über mehrere gegenwärtig beim Bund schwwebende Fragen gelten. Die Mittheilung hiesiger Blätter, daß der Abg. v. Kleist-Tschow als Nachfolger des Präsidenten Bode zum Unterstaatssekretär im landwirthschaftlichen Ministerium ausersehen sei, findet keine Bestätigung. Ebenso ist noch keinerlei Entscheidung darüber getroffen worden, ob der Geh. Rath Wenzel bei der diesseitigen Bundestags-Gesandtschaft als Nachfolger des verstorbenen Geh. Rathes v. Bülow ins auswärtige Ministerium kommen werde. Der jetzt hier anwesende königl. preussische Gesandte am großh. bad. Hofe, Kammerherr v. Savigny, hat sich dieser Tage mit einer Tochter des Grafen Arnim-Boitzenburg verlobt.

Es bestätigt sich, daß Sr. Königl. Hoh. der Großherzog von Hessen im Juni einen Besuch am königl. Hofe in Berlin zu machen beabsichtigt. Die Zollkonferenz dürfte nicht vor Ende Juli zusammentreten. Als zuverlässig ist anzunehmen, daß Preußen auf derselben Vorschläge wegen Ermäßigung der Eisenzölle und der Getreidezölle machen werde.

Wien, 29. Mai. Die heutige „Wien. Ztg.“ knüpft an die Differenzen mit der Schweiz folgende berichtende Bemerkungen:

Es stand zu erwarten, daß die Schweizer Blätter die ernste Bedeutung einer Maßregel zu verringern suchen würden, die allerdings geeignet ist, alle besonnenen Männer der Eidgenossenschaft, mit welcher Oesterreich seit Jahrhunderten die freundschaftlichsten Verhältnisse gern unterhält, auf die Raschheit aufmerksam zu machen, welche die verblendete Politik der gegenwärtigen Bundesorgane, besonders in der Flüchtlingsfrage, für das sonst so ehrenwerthe Schweizer Volk nach sich zieht. Wenn aber Schweizerische und deutsche Blätter, welche selbst oder durch ihre Korrespondenten mit Mitgliedern des Bundesraths in Verbindung stehen, die zeitweilige Abberufung des Grafen Karnitz mit einem Diner in Verbindung bringen, welches Dr. Frei-Prose, der Vizepräsident des schweizerischen Bundesraths, gegeben hat und zu dem der k. k. Geschäftsträger nicht geladen wurde, so heißt das doch in der That der Leichtgläubigkeit des zeitungslesenden Publikums, selbst des schweizerischen, allzu viel vertrauen. Solche Dinge zu beachten oder auch nur einer ernstlichen Beratung zu unterziehen, liegt weder in der Würde noch in der Handlungsweise von Kabinetten großer Staaten. Die Motive der Unzufriedenheit Oesterreichs mit dem internationalen Benehmen der schweizerischen Behörden sind offen dargelegt worden. Sie betreffen die Interessen des österreichischen Staates, die Einhaltung völkerrechtlicher Verpflichtungen der Schweiz, deren Beachtung die dortigen Behörden beharrlich ablehnen. Hierin besteht Oesterreich eine gerechte, billige, für beide Theile ehrenvolle Befriedigung. Etiquettenhöfe, wenn solche vorgekommen sein sollten, werden den schweizerischen Behörden am wenigsten hoch angerechnet. Die wirklich vorliegenden Thatsachen sind zu ernst, als daß eine Mystifikation des Publikums, wie die bezeichnete, auch nur als ein geeigneter Scherz gelten könnte.

Aus dem kaiserl. Kabinete ist unter dem 26. Mai eine Zirkulardepeſche an alle kaiserl. Gesandtschaften im Auslande gegangen, worin es, der „R. Z.“ zufolge, wesentlich heißt: Die Zusammenkunft der Souveräne, der jeder politische Gedanke fremd geblieben ist, hat die Bande der Freundschaft, Verwandtschaft und des Vertrauens, die zwischen ihnen bestehen, enger geknüpft, und kann daher Niemanden Argwohn einflößen; sie ist vielmehr von einer solchen Beschaffenheit gewesen, daß sie nach unserm Erachten allen Freunden der Ordnung und des Friedens als ein neues Pfand dieser großen Güter erscheinen muß.

Wien, 30. Mai. Die Belegung der Dampfschifferei auf der untern Donau scheint in Triest schwere Besorgnisse zu machen. Wir können uns darüber nur freuen; denn sobald die Schiffahrt des österreichischen Kloyd in Triest mit dem Donaudampf in einen noch lebhafteren Kampf der Mitbewerbung tritt, werden wir beide um so rühriger sich regen sehen, zu ihrem eigenen Vortheil wie zum Wohle der Gesamtheit. Die Mitbewerbung ist es ja überhaupt, welche hier noch in so manchen Schichten der Betriebsamkeit mangelt, vor Allem in den kleinen Gewerben, während die großen allerdings schon den treibenden Sporn in ihren Plänen fühlen. Die Donaugesellschaft macht die unerhörtesten Anstrengungen, um die Reise- und Frachtschifferei immer mehr in Schwung zu bringen; so wird sie jetzt eine Eisenbahn von Fünfskirchen nach Mohacs bauen. Die Strecke ist nicht lang, aber von großer Wichtigkeit, weil die Bahn die Bestimmung hat, aus den ergiebigen Steinkohlenwerken den Brennstoff zum Strande der Donau zu bringen. Die Bahn wird 4½ Millionen Gulden K. M. kosten, und soll nach 45 Jahren dem Staate anheimfallen, frei von allen Forderungen der Erbauer. Das Unternehmen ist um so schwieriger, da hier zu Lande der ganz gewöhnliche Zinsfuß 5 % beträgt und sehr häufig auf 6 % steigt, die noch immer gegesig sind.

Die kleinen Gewerbe empfinden darum nicht den Stachel der Mitbewerbung, weil die alte Zustandsordnung, wie sie hier noch besteht, dem heutigen Bedürfniß nicht mehr entspricht und der Handwerksmann auch mit geringerer Anstrengung sein Auskommen findet. Man glaubt indessen voraussetzen zu dürfen, daß schon in sehr naher Zeit, wenn auch keine völlige Freiebung der Gewerbe, wenigstens doch eine bedeutende Erweiterung der Schranken bevorsteht.

Als Gerücht vernehme ich, daß der bekannte Strobach, welcher im Reichstage von 1848 — 49 den Vorsitz führte, und zur Zeit Appellationsgerichts-Rath ist, in den Ruhestand versetzt werden solle oder bereits versetzt sei.

Wien, 30. Mai. Heute Mittag fand eine feierliche Sitzung der k. k. Akademie der Wissenschaften statt, welche der Minister des Innern mit einer passenden Rede eröffnete. Nach ihm hielt der Präsident der Akademie, Finanz- und Handelsminister Ritter v. Baumgartner einen Vortrag über die organische Gliederung der Wissenschaften, worauf wissenschaftliche Vorträge historischen und naturhistorischen Inhaltes folgten.

Gestern Nachmittag 4 Uhr entlud sich über Wiener-Neustadt und Umgebung ein sehr heftiges Gewitter von Hagel begleitet, welches von starkem Westwind begünstigt durch 15 Minuten andauerte, und einen großen Theil der Früchte vernichtete. Die, beinahe Taubeneiern an Größe gleichenden Schloßen zerflogen in den an der Westseite der Stadt gelegenen Häusern fämmtliche, und zwar im Bahnhofe allein 746 Fensterstücken.

Frankreich.

Strasburg, 1. Juni. Der politische Horizont hat sich zwar in den letzten Tagen durch die Bewicklungen im Orient und in der Schweiz etwas getrübt; allein dennoch befürchtet man keinen Krieg. Selbst Rußland, das durch seinen Abgesandten in Konstantinopel den Fehdehandschuh hingeworfen, kann und wird nicht wünschen, daß die obwaltenden Differenzen durch das Schwert entschieden werden. Was die Schweiz betrifft, so poſt man noch immer auf einen gütlichen Vergleich zwischen dem Wiener Kabinete und dem eidgenössischen Bundesrathe. Es wäre von Seiten des Reg-

tern unverantwortlich, wenn er nicht Alles aufbiete, um der Schweiz eine Krise zu ersparen, die ihr in jeder Beziehung nur unheilvoll werden könnte. Was von Truppenaufstellungen an der Schweizergrenze hier und da behauptet wurde, entbehrt bis jetzt in Bezug auf Frankreich wenigstens aller Begründung. Bis jetzt haben die obschwabenden politischen Fragen bloß auf die Börse einen nachtheiligen Einfluß geübt. Das bedeutende Schwanken der Kurse ist übrigens mehr eine Folge des zu sehr überladenen Papiermarktes, als die Furcht vor Kriegsbesorgnissen. Die heutigen Börsennotirungen kamen indessen sehr bedeutend erhöht*, was den klarsten Beweis liefert, daß die Abreise des Fürsten Menschikoff aus Konstantinopel von der öffentlichen Meinung wenigstens nicht als casus belli betrachtet wird.

Unmittelbar nach dem Schluſſe des gesetzgebenden Körpers sind auch unsere Deputirten hier angelangt. Wir betrachten als ein wichtiges Zugeständniß für das Elsaß den Beschluß der Kammer, welcher unserm Departemente eine Zusatzsteuer gestattet, die für den Elementarunterricht verwendet werden darf. Nur durch die zweckmäßige Hebung des Volksschulwesens kann manchem Uebel, welches durch politische Entartung während der letzten Jahre so scharf an den Tag trat, vorgebeugt werden. Den sittlichen wie materiellen Interessen widmet übrigens unser Departementalsvorstand, Hr. West, die sorgfältigste Ueberwachung. Es zeigt sich Dieses bei seiner gegenwärtigen Umreise am deutlichsten. Eine tröstliche Erscheinung ist, wie man überall von den traurigen Verirrungen zurückkommt, welche dem Elsaß während der revolutionären Epoche eine so traurige Berühmtheit verschafft haben. Der Zug der Reisenden durch unsere Stadt wird jeden Tag größer; viele gehen nach Baden. Die Fahrten aus Paris hieher werden demnächst beschleunigt, so daß Reisende, welche die französische Hauptstadt Morgens 9 Uhr verlassen, noch denselben Tag bis Baden und Karlsruhe gelangen. Mit dem Beginne des eigentlichen Sommerdienstes auf der Paris-Strasburger Eisenbahn werden verschiedene Einrichtungen in's Leben treten, welche die Anstöße an den großh. bad. Schienenweg wesentlich erleichtern. Dieselben werden auch namentlich den Postverbindungen mit Süddeutschland außerordentlich zugute kommen. Nächsten Sonntag findet ein Lustzug von hier nach Ranzig statt. Hin- und Herreise zusammen kosten in der dritten Wagenklasse nicht mehr als 8 Fr. 60 Cent. (etwa 4 fl.).

Paris, 1. Juni. Das „Journ. des Deb.“ stellt heute den geschichtlichen Verlauf der diplomatischen Verhandlungen zu Konstantinopel vom 18. März bis zum 15. Mai unter Mittheilung verschiedener Aktenstücke dar. Wir theilen daraus das Wichtigere übersichtlich mit. Fürst Menschikoff langte in Konstantinopel am 28. Februar an und hatte seine erste Audienz beim Sultan am 10. März. Schon am 15. Febr. wurden die Kabinete von Paris und London durch die dortigen russischen Gesandtschaften von der Sendung des Fürsten Menschikoff in Kenntniß gesetzt. Am 16. März überreichte dieser in Konstantinopel seine erste Note, eine s. g. Verbalnote, die höchst wahrſcheinlich von der Pforte den Gesandten von England und Frankreich in Ueberdruck mitgetheilt wurde.

In dieser vom 16. März datirten Note beschwert sich Rußland, in der Frage der hl. Stätten gelegentlich der den Lateinern gemachten Zugeständnisse getäuscht worden zu sein. Am 10. Febr. 1852 habe der Sultan dem Kaiser die Lösung der betreffenden Angelegenheit in einem Schreiben angefündigt, wornach der Kaiser glauben konnte, daß außer einem Punkte von geringer Bedeutung an den alten Rechten der griechischen Kirche Nichts geändert worden sei. Der bekannte Ferman und kaiserl. Hatti-Scherif schien diese Ansicht zu bestätigen. Das Kabinete von St. Petersburg habe seine Zustimmung erklärt, aber aus Vorsicht gewisse Vorbehalte gemacht, und verlangt, daß diese dem Pascha von Jerusalem zur Berücksichtigung beim Vollzug der den Lateinern gemachten Zugeständnisse mitgetheilt werden sollten. Zugleich habe die russische Regierung im Mai 1852 der Pforte mehrere Vorschläge gemacht und sie in einer Note erläutert. Sie seien von dieser bereitwillig angenommen worden. Dennoch sei der russische Gesandte zu Konstantinopel fortwährend von der Beförderung erfüllt gewesen, die Pforte habe nicht Alles mitgetheilt; auf wiederholte Vorstellungen aber seien ihm immer die berüchtigtesten Versicherungen gemacht worden. Bald aber hätten zuverlässige Nachrichten aus Jerusalem diese Beförderung nur zu sehr gerechtfertigt; es habe sich ergeben, daß die den Behörden zu Jerusalem ertheilten Instruktionen mit dem erwähnten Schreiben vom 10. Febr. keineswegs übereinstimmten. Die türkischen Minister hätten somit den Sultan getäuscht und die Würde beider Souveräne schwer verletzt. Der Fürst Menschikoff fordere alsdann die Pforte auf, die von ihm auseinandergesetzten Thatsachen einer ernstlichen Betrachtung zu unterwerfen, weil sie einen offenen Angriff auf die religiösen Ueberzeugungen des Kaisers und zugleich einen Mangel von Rücksichten gegen seine Person enthielten, und verlangt deshalb die Abhilfe des Unrechts, das er wiederholt den Ministern des Sultans zuschreibt. Zugleich gibt der Fürst die Versicherung der versöhnlichsten Absichten und erbietet sich zur Mitwirkung, um die Schwierigkeiten zu beseitigen, die die Pforte vorfinden könnte, da sie auf bereits geschehene Dinge zurückkommen müſſe, damit sie eine feste und definitive Uebereinkunft abschließen könne, die die Unzufriedenheit der griechischen Bevölkerung beruhigen und ihr für die Zukunft eine feste und unverlegliche Sicherheit geben werde. Man sieht, daß die spätere Forderung schon in dieser ersten Note angedeutet war; denn sofort wird weiter gesagt, daß sich Rußland nicht mehr mit vagen Versicherungen begnügen könne, sondern eine „feierliche Verpflichtung“ beanspruche, wodurch die fünfzigjährige Eintracht zwischen beiden Regierungen und die Rechte der Griechen vor den Eingriffen der Lateiner sicher gestellt werden sollen.

* Die 3proz. Rente stieg um 80 Cent., die 4½proz. um 50 Cent.

